



Duo infernale

Wie der liberale Antipopulismus den antiliberalen Populismus schürt und nährt

Auch breiter zivilgesellschaftlicher Protest hat die gegenwärtige Welle des Rechtspopulismus nicht brechen können. Unser Beitrag zeigt auf, dass der dominante Modus der liberalen Populismuskritik hierfür mitursächlich ist. In der moralisierenden Gegenüberstellung von den „guten Demokraten“ und den „bösen Populisten“ wird die basale populistische Unterscheidung reproduziert. Zudem wird häufig mit einem idealisierten Bild der liberalen Demokratie operiert. Beides stärkt den Rechtspopulismus. Auch zwei neuerliche Strategien des liberalen Antipopulismus stimmen skeptisch. Weder eine Imitation des rechten Lagers noch weitere Entpolitisierungsschübe erscheinen zielführend. Eine klassentheoretische Deutung des Populismus rät zu einer anderen Herangehensweise und rückt stattdessen Fragen der materiellen Reproduktion und der sozialen Verteilungskämpfe in den Mittelpunkt.



Dirk Jörke



Stefan Meyer

„Geheimplan gegen Deutschland“: So lautete der Titel eines Artikels, den das Medienhaus *Correctiv* am 10. Januar 2024 veröffentlichte und von dem sich mit Fug und Recht behaupten lässt, dass er Geschichte geschrieben hat. Denn die darin präsentierte Recherche („Hochrangige AfD-Politiker, Neonazis und finanzstarke Unternehmer kamen im November in einem Hotel bei Potsdam zusammen. Sie planten nichts Geringeres als die Vertreibung von Millionen von Menschen aus Deutschland“) traf einen Nerv. Überall im Bundesgebiet sprossen Demonstrationen aus dem Boden. Mehr als 1,5 Millionen Menschen gingen allein zwischen dem 19. und 21. Januar 2024 auf die Straße. Zugleich begannen die Umfragewerte der AfD zu sinken. Kein Wunder also, dass sich nicht nur *Correctiv* – seinem Selbstverständnis nach „ein gemeinwohlorientiertes Medienhaus, das

Demokratie stärkt“ – an den Protesten berauschte. „Die Wehrhaften. Wie die Bürgerproteste die AfD stoppen könnten“, titelte der *Spiegel*. „Die demokratische Mitte unserer Gesellschaft ist erwacht und spürt ihre Verantwortung“, frohlockte der Bundespräsident. Die vierte Gewalt und die Zivilgesellschaft hatten es dem Rechtsruck so richtig gezeigt. Alles würde wieder gut werden. Oder?


Neun Monate später: Landtagswahl in drei ostdeutschen Bundesländern – Katerstimmung im liberalen Lager. Auf die AfD entfielen 29,2 Prozent der gültigen Zweitstimmen in Brandenburg, 30,6 Prozent in Sachsen und sogar 32,8 Prozent in Thüringen. Und das alles, obwohl die Wahlbeteiligung jeweils mehr als 70 Prozent betrug. Obwohl mit dem *Bündnis Sahra Wagenknecht* (BSW) sogar noch eine neuartige Alternative an den Start ging, die sich hinsichtlich

Ausrichtung und Aufbau deutlich von den etablierteren Parteien abgrenzte. Und obwohl die persönlichen Zustimmungswerte für Björn Höcke weit hinter denen seiner Partei lagen und er auch dieses Mal daran scheiterte, seinen eigenen Wahlkreis zu gewinnen, was weder auf übermächtiges Charisma noch ein hoffnungslos indoktriniertes Elektorat hindeutet.

Doch wie sind diese Wahlausgänge dann zu erklären? Wieso konnte die medial entfachte Protestbewegung – die immerhin mit der geschichtsträchtigen Parallele zur Wannseekonferenz 1942 arbeitete und die AfD derart zum größtmöglichen Paria erklärte – so schnell verpuffen? Unsere Entgegnung: Nichts davon sollte irgendjemanden noch überraschen. Die jüngsten Wahlergebnisse respektive die „interessante Widerständigkeit in Teilen der Bevölkerung gegen den Versuch einer, ich nenne das



mal, zentristischen Indoktrination“ (Streeck 2024) sind stattdessen ein weiterer Beleg dafür, wie festgefahren die Situation hierzulande ist. Wie sehr sich Populismus und Antipopulismus ineinander verkeilt haben. Und dass sich strategische Fehler eben irgendwann zu rächen beginnen, wenn man rund ein Jahrzehnt lang nicht gewillt ist, aus ihnen zu lernen. Denn so kontraintuitiv sich das zunächst auch anhören mag: Die dominante Art und Weise, wie auf die populistische Revolte reagiert wird, verschleiern jene gesellschaftlichen Machtverhältnisse, die sie verursachen. Vielmehr trägt die liberale Kritik zur Verfestigung gesellschaftlicher Spaltungen bei, wirkt selbst als Brandbeschleuniger und spielt – anstatt sie wirkungsvoll zu bekämpfen – letztlich nur wieder der AfD in die Karten.

 Die liberale Kritik trägt zur Verfestigung gesellschaftlicher Spaltungen bei, wirkt selbst als Brandbeschleuniger und spielt letztlich nur wieder der AfD in die Karten

Unser Aufsatz beginnt mit einer ersten Annäherung an das Phänomen des Populismus und identifiziert zwei Wesensmerkmale, über die in der Forschung weitestgehend Einigkeit besteht und denen auch wir grundsätzlich zustimmen. Anschließend diskutieren wir weitere – allerdings unzulängliche – Elemente des dominanten Modus der Populismuskritik und zeigen auf, welche unliebsamen Folgen sie haben. Danach gehen wir kurz darauf ein, welche antipopulistischen Strategien sich neuerdings beobachten lassen und warum auch sie nur bedingt zielführend sind. Unser Essay endet mit Überlegungen, wie eine andere Herangehensweise aussehen könnte, die aus den Entwicklungen der letzten Jahre aussichtsreichere Schlüsse zieht.¹

Gut gegen Böse oder: Was ist Populismus?

Beginnen wir mit einem Gemeinplatz: Der Populismus ist weder eine Erfindung der 2020er Jahre noch ein ausschließlich deutsches Phänomen. In der Geschichte Westeuropas ist ein wellenförmiges Auftreten ab den 1950er Jahren zu verzeichnen. Im kulturellen Gedächtnis Nord- sowie Südamerikas ist er ebenfalls schon seit vielen Jahrzehnten fest verankert. Die wissenschaftliche Erforschung und Diskussion des Populismus erreichten hierzulande – jedenfalls hinsichtlich Ausmaß und Intensität – jedoch erst in den Jahren 2016 und 2017 einen Höhepunkt, als unmittelbare Reaktion auf die Entstehung von AfD (2013) und PEGIDA (2014), den politischen Aufstieg Donald Trumps (ab 2015) und den für viele Beobachter überraschenden Ausgang des Brexit-Referendums (2016). Zwei Punkte, in denen die meisten Populismusforscher übereinstimmen, lassen sich dabei festhalten:

(a) Zentrales Wesensmerkmal des Populismus ist eine vereinfachende Unterscheidung, welche die Gesellschaft dichotomisch spaltet: „Wir“ gegen „Ihr“, die „Guten“ gegen die „Bösen“, die „einfachen, ehrlichen Bürger“ gegen die „abgehobenen, korrupten Eliten“. Oder auch: das „reine Volk“ gegen „die Mi-

Moralisierung und Idealisierung oder: Was kennzeichnet die liberale Populismuskritik?

Um zu verstehen, wie (und wieso) die meisten Beobachter den Populismus kritisieren, muss man zuerst der Frage nachgehen, woran sie selbst glauben, was also ihre Motivation ist und was ihren Maßstab bildet. Eine wesentliche Erklärung besteht darin, dass sie zumeist Liberale sind, d. h. Pluralisten und normative Individualisten. Ihre Vorstellung von einer gelungenen De-

monokratie erklärt sich zu einem großen Teil aus diesen beiden Überzeugungen.

(b) Die gegenwärtige Welle des Rechtspopulismus bedroht die (liberale) Demokratie. Was gegenwärtig in Ungarn, Polen, Italien, Brasilien, den USA und vielen weiteren Ländern passiert (respektive passiert ist), ist keine erfreuliche Entwicklung. Denn diese Form von Populismus geht mit übersteigertem Nationalismus und Entdemokratisierungsprozessen einher.

Den Stand der Populismusforschung gibt das nur oberflächlich wieder. Es ließe sich überdies noch in Links- und Rechtspopulismus unterscheiden oder darüber sinnieren, inwiefern sich auch in Mittelalter und Antike Vorläuferformen finden lassen (Jörke/Selk 2017, 52, 68 f.). Über die strukturellen Ursachen der gegenwärtigen populistischen Revolte gibt es ohnehin noch einiges zu sagen (dazu später mehr). Doch zunächst gilt es auf die dominante Weise der Populismuskritik zu blicken, die sich ebenfalls nicht in diesen beiden Elementen erschöpft, sondern eine dezidiert liberale Färbung hat.

Mehr als alles andere sorgen sich Liberale um eine Begrenzung von Macht. Dies möchten sie mittels einer Teilung der Gewalten und einer breiten Streuung von Machtressourcen erreichen. Eine wichtige Rolle kommt dabei häufig einer Verfassung zu, welche die Sicherung von Grundrechten und anderen In-

¹ Die folgenden Ausführungen wurden in Teilen dem Buch *Theorien des Populismus zur Einführung* (Jörke/Selk 2017) entnommen, aber für dieses Heft adaptiert und aktualisiert.




stitutionen garantiert und den Pluralismus schützt und fördert. Ihr normativer Ausgangspunkt ist dabei – jedenfalls in ihrer jüngeren, egalitaristischeren Spielart – ein demokratischer Individualismus, d. h. ein Plädoyer für das Prinzip gleicher politischer Freiheit aller mündigen Individuen in einem Staat. Demokratie verstehen sie primär als ein Gefüge von Verfahren und Institutionen, das jedem Einzelnen das gleiche Recht auf politische Freiheit garantiert. Da die politische Freiheit in einer pluralistischen Gesellschaft angesichts der Zahl der Bürger und der Größe des Gemeinwesens jedoch von den Individuen nicht unmittelbar zur Geltung gebracht werden kann, votieren sie für deren Repräsentation durch politische Eliten, die sich einem offenen politischen Wettbewerb und kompetitiven Wahlen stellen müssen. Durch die Verbindung von Repräsentation mit politischem Wettbewerb, Wahlen und einer pluralistischen Öffentlichkeit können die heterogenen Meinungen, Interessen, Ansprüche und Gruppen der Gesellschaft politisch zur Geltung kommen. Denn zum einen können die Repräsentanten immer wieder ausgetauscht werden. Zum anderen stellt der offene Wettbewerb sicher, dass es Konkurrenz – eine Opposition im Sinn einer Alternative – gibt und jeder seine politische Position äußern, in den Prozess der Willensbildung einspeisen und durch Repräsentanten vertreten lassen kann. Die Heterogenität und Pluralität der Gesellschaft werden erhalten und politisch sichtbar gemacht.

Normativ und empirisch kann sich demnach keine Gruppe oder Partei als das „wahre Volk“ ausgeben und ihre Position als die alleingültige darstellen. In Anlehnung an die Demokratietheorie Claude Leforts und Marcel Gauchets (1990) lässt sich das Ziel folgendermaßen beschreiben: Der Zugang zum Entscheidungszentrum der Demokratie soll offenbleiben und darf nicht dauerhaft besetzt werden. Kein Teil, etwa eine bestimmte soziale Schicht oder die Vertreter einer religiös fundierten Weltanschauung, dürfe auf Dauer das

Ganze repräsentieren. Dies korrespondiert mit dem spezifischen Politikverständnis des demokratischen Liberalismus. Dieser stellt Lernfähigkeit, wechselseitige Überzeugungsbereitschaft, Offenheit für neue Sichtweisen und Argumente sowie Rationalität in das Zentrum der Politik. Er deutet Politik primär als eine Sphäre oder einen Handlungsmodus, in dem mindestens strategisch motivierte Kompromisse, wenn nicht sogar vernünftige Einverständnisse erzielt werden könnten.

Vor dem Hintergrund dieser Bestimmungen ist klar, dass der Populismus mit diversen liberalen Grundüberzeugungen in Konflikt tritt, insbesondere in seiner rechtspopulistischen Gestalt. Seinen Kritikern erscheint er als eine zutiefst

 **Demokratischer Liberalismus stellt Lernfähigkeit, wechselseitige Überzeugungsbereitschaft, Offenheit für neue Sichtweisen und Argumente sowie Rationalität in das Zentrum der Politik**

antipluralistische Kraft, welche die liberalen Errungenschaften etablierter Demokratien in mindestens zweierlei Hinsicht bedroht. Zum einen wird er bezichtigt, sich gegen das Leitbild der „offenen Gesellschaft“ zu richten und die Liberalität westlicher Demokratien einschränken oder rückgängig machen zu wollen. Dies wird vor allem an der Einwanderung, den Rechten religiöser Minderheiten sowie der Anerkennung alternativer Lebensstile und sexueller Orientierungen festgemacht. Zum anderen wird dem Populismus vorgeworfen, einen polarisierenden, unvernünftigen bzw. kompromisslosen Handlungsmodus in die Politik einzuführen, der dort gar nicht hingehöre. In der Demokratie habe dies nämlich insofern schädliche Folgen, als es den machtbegrenzenden Charakter dieser Ordnungsform unterminiere und sowohl strategische Kompromisse als auch vernünftig motivierte Einverständnisse unmöglich mache.

Gerade mit Blick auf das Rationalitätsgebot wird jedoch deutlich, dass die liberalen Kritiker ihrer hochgesteckten Erwartungshaltung selbst allenfalls selektiv gerecht werden können. Denn statt dem Populismus mit unaufgeregten Argumenten und differenzierten Analysen zu begegnen, geht man dazu über, ihn moralisierend zu verurteilen und dabei selbst in eine binäre Logik zu verfallen. Unter Bezug auf liberale Werte wird die Gegenseite in die ‚Schmuddelecke‘ gestellt und als undemokratisch, schlecht, rassistisch, primitiv usw. beschrieben. Damit ist der liberalen Demokratietheorie – wie auch der medialen Auseinandersetzung mit dem Populismus – allerdings selbst ein populistischer Zug eingeschrieben. In der Gegenüberstellung von den „guten Demokraten“ und den „bösen Populisten“ wird die basale populistische Unterscheidung reproduziert. Erschwerend kommt hinzu, dass man dem Populismus häufig ein idealisiertes Bild der liberalen Demokratie entgegenhält. Die liberalen Kritiker mögen zwar zähneknirschend einräumen, dass in den real existierenden Demokratien unter den Bürgerinnen und Bürgern die Nähe und der Zugang zum jeweiligen Entscheidungszentrum höchst ungleich verteilt sind, wodurch die politische Freiheit tendenziell zur Freiheit der Wenigen wird. Sie insistieren allerdings darauf, dass diese Demokratien die Mittel zur Behebung dieses Übels bereitstellen und sich dem Ideal der gleichen Freiheit immer weiter annähern können. Doch das ist alles andere als plausibel.

Moderne, funktional ausdifferenzierte Gesellschaften, die zudem zunehmend einer supranationalen Form der Herrschaftsausübung ausgesetzt sind, lassen sich nur äußerst bedingt im Sinn gewählter Mehrheiten (also: demokratisch) regieren. Viele politisch relevante Bereiche, etwa die Geldpolitik oder auch die Grundprinzipien der Wirtschafts- und Haushaltspolitik, sind dem Zugriff des demokratischen Souveräns weitgehend entzogen. Das geht

weit über die inzwischen vieldiskutierte „Schuldenbremse“ hinaus und weist überdies einen – mal mehr, mal weniger subtilen – Klassencharakter auf. So haben Armin Schäfer und Michael Zürn (2021) überzeugend gezeigt, dass gerade die nicht-majoritären Institutionen wie Zentralbanken und Verfassungsgerichte sowie die in den Europäischen Verträgen verankerten Grundfreiheiten und Regelungen einen Bias zugunsten der oberen Klassen aufweisen, die dann auch nicht selten stärker liberale und kosmopolitische Werte vertreten. Dies wird flankiert von einem „progressiven Neoliberalismus“, bei dem tonangebende Strömungen der Neuen Sozialen Bewegungen (Feminismus, Antirassismus, LGBTQ+ etc.) eine Liaison mit führenden Playern des finanzierten Kapitalismus (Wall Street, Silicon Valley, Hollywood) eingegangen sind, wie dies Nancy Fraser (2017a, 2017b) für die USA beschreibt, aber in abgeschwächter Form auch hierzulande beobachtet.


Das liberaldemokratische Erfolgsnarrativ widerspricht also der Wirk-

lichkeit. Es gäbe genügend Anlass, um die damit verbundenen Positionen und Reflexe einer kritischen Prüfung zu unterziehen, und das schon seit mehreren Jahren. Doch der liberale Antipopulismus begnügt(e) sich – noch immer – damit, die auch in unseren Gesellschaften existierenden ökonomischen, kulturellen und politischen Spaltungslinien herunterzuspielen (etwa Mau et al. 2023), die Auseinandersetzung ins Moralische zu verschieben und sich auf der Gewissheit auszuruhen, die Wählerinnen und Wähler populistischer Parteien seien *in nuce* von rassistischen Motiven und illegitimen Ressentiments getrieben. Denn warum sonst hätten sie nach all den Berichten über die „Wannseekonferenz 2.0“ – ein Etikett, das u. a. der damalige SPD-Generalsekretär Kevin Kühnert propagierte – noch immer ihre Stimme der AfD überantworten können? Die Kritik gesellschaftlicher Herrschaftsstrukturen und damit wichtiger Ursachen und Gründe der andauernden populistischen Revolten kam (und kommt) dagegen viel zu kurz.

Zwei wie Pech und Schwefel oder: Was ist die Folge der liberalen Populismuskritik?


Wir können also sehen, dass zwischen dem hehren Anspruch liberaler Demokratie(theorie) und ihrer realen Umsetzung eine eklatante Lücke besteht. Wir können außerdem konstatieren, dass die moralische Verurteilung des Populismus und die Flucht in das Reich idealer Theorie dabei Hand in Hand gehen. Dies ist allerdings weitaus mehr als ein unbedeutender Schönheitsfehler. Vielmehr zeitigt die Unzulänglichkeit liberaler Populismuskritik – in der sozialwissenschaftlichen und teilweise auch öffentlichen Diskussion – erhebliche gesellschaftliche Folgen. Denn insofern er einer ernsthaften Auseinandersetzung mit den Ursachen der populistischen Revolte im Weg steht, verpasst es der liberale Antipopulismus nicht nur, Teil der Lö-

sung zu sein. Indem er sich in moralische Verurteilungen flüchtet und die populistische Gut-Böse-Unterscheidung reproduziert, bildet er mit seinem Widerpart ein explosives Gemisch und wird selbst zu einem unmittelbaren Teil des Problems.

 Denn insofern er einer ernsthaften Auseinandersetzung mit den Ursachen der populistischen Revolte im Weg steht, wird der liberale Antipopulismus selbst zu einem unmittelbaren Teil des Problems

Denn was in diesem Zusammenhang zu inkonsequent reflektiert wird: Sozialwissenschaftliche Deutungen

stehen und verbleiben nicht unbeteiligt am Spielfeldrand. Vielmehr prägen sie die politische Wirklichkeit und sind immer auch Teil kultureller Kämpfe um die Hegemonie. Versehen sie die allgegenwärtige Verurteilung des Populismus mit einer wissenschaftlichen Autorität, tragen sie mit dazu bei, jene politische Wirklichkeit zu bestätigen und zu verfestigen, die den populistischen Moment erzeugt. Dies gilt umso

 Populisten und Antipopulisten sind in ihrer Gegnerschaft immer fester ineinander verkeilt

mehr, insofern diese Einschätzungen nicht auf Fachkreise begrenzt bleiben, sondern über traditionelle und Soziale Medien sowie mittels anderer Multiplikatoren Verbreitung erfahren. Wenn es aber anerkanntermaßen keinen Grund gibt, irgendetwas zu ändern, wenn die Schuld auch weiterhin nur auf der anderen Seite zu suchen ist (was allerdings auch jene andere Seite so sieht), nimmt die Spaltung nur immer weiter zu. Das von *Correctiv* entfachte Protestgeschehen war diesbezüglich sehr aufschlussreich: Diese ebenso wichtigen wie beeindruckenden Massendemonstrationen haben offensichtlich nicht dazu geführt, bei vielen AfD-Wählern eine moralische Läuterung herbeizuführen. Vielmehr verhärtet der „Aufstand der Anständigen“ oftmals die jeweilige Positionierung. So lassen dann auch Skandale und Fehlritte, wie etwa des AfD-Spitzenkandidaten zur Europawahl, viele ihrer Wählerinnen und Wähler ebenfalls unbeeindruckt. Populisten und Antipopulisten sind in ihrer Gegnerschaft immer fester ineinander verkeilt.

Von „Stabilität“ im Sinn eines konsolidierten gesellschaftlichen Ausgleichs kann daher nicht die Rede sein. Zwar mögen die moralische Abwertung des Gegenübers und der breite „anti-rechte“ Schulterchluss den vorteilhaften Effekt haben, zu Erhabenheitsgefühlen, Solidaritäts- oder

sogar Selbstwirksamkeitserfahrungen zu führen. Es tut gut, zu wissen, dass man nicht alleinsteht. Auf Dauer ist dies allerdings keine Entwicklungsrichtung, die liberalen Demokraten gefallen kann. Denn es sind eben auch die Rechtspopulisten, die dadurch bestätigt und bestärkt werden. Und es ist das, was ein liberales Credo idealerweise voraussetzen muss – nämlich ein gemeinsamer Bedeutungsraum –,

Mimikry und noch mehr Liberalismus oder: Was tut sich sonst noch?

Nun wollen wir nicht behaupten, dass sich im Zuge des allmählichen Erstarkens des Rechtspopulismus überhaupt nichts bei den liberalen Antipopulisten getan hätte. Dass die Moralisierung nicht die gewünschten Resultate zeitigt, wurde schließlich nicht erst im Herbst 2024, sondern schon an so manchem Wahlabend davor ersichtlich. Womöglich hat diese Einsicht nun auch länger und umfassender Bestand, als dies bei vorherigen Wahlnachlesen der Fall war. Unserem kursorischen Eindruck zufolge wurde dieses Mal jedenfalls seltener auf die Verkommenheit der AfD-Wählerschaft verwiesen. Häufiger war von den besonderen Voraussetzungen Ostdeutschlands („Anders als Stammkunden, die ihrer Partei auch in schwierigen Zeiten die Treue halten, sind ostdeutsche Wählerinnen und Wähler häufig Schnäppchenjäger, die sich von Lockangeboten und Verkaufsreklame auf dem Marktplatz des Politischen beeinflussen lassen“, Mau 2024) sowie dem Einfluss von alternativen Nachrichtenkanälen wie TikTok („Ihr toxischer Algorithmus, der Populisten stärkt und Jugendliche krank macht, muss zivilisiert werden“, Gersner 2024) die Rede – wiewohl nicht frei von vertrauten, stark abwertenden und damit immer auch selbstgerechten, Untertönen, wie die zitierten Beispiele zeigen. Inmitten dieser gegenwärtigen Kakophonie lässt sich noch nicht abschätzen, ob der maßgebliche anti-

der zunehmend auf der Strecke bleibt. Der Hass auf die liberale Demokratie und ihre Repräsentanten wird eher stärker, als dass es zu Entspannungs- oder sogar Überzeugungsprozessen kommt. Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit werden nicht aus der Welt geschaffen, sondern zusätzlich genährt. Für viele wird es ungemütlich in diesem Land.

populistische Sound künftig von dem Muster abweichen wird, das wir in den vorherigen Abschnitten beschrieben haben. Möglich, dass diese Neujustierung anhält und die Moralisierung zu meist auf Untertöne beschränkt bleibt. Möglich aber auch, dass wieder die *Evergreens* des liberalen Antipopulismus aufgelegt werden, wenn der Bundestagswahlkampf 2025 erst einmal so richtig Fahrt aufnimmt.

So oder so: Bereits jetzt lassen sich noch zwei weitere Strategien erkennen, welche die Moralisierung sowohl ersetzen als auch flankieren können. Sie verdienen eigentlich einer umfangreicheren Analyse, sollen im Folgenden aber zumindest einmal angerissen werden.

Die erste neuerliche Verfahrensweise des liberalen Antipopulismus lässt sich unter dem Schlagwort „Mimikry“ fassen: Man imitiert das rechte Lager in Stil und Tonfall, notfalls aber auch in vereinzelt Policy-Fragen, sollte man auf Bundes- oder Landesebene an der Regierungsgewalt sein. Die Beispiele ziehen sich mittlerweile durch die verschiedensten Felder (Migration, Gendern, Sozial-, Verkehrs- und Energiepolitik) und quer durch alle politischen Lager, wenngleich natürlich mit unterschiedlicher Schwerpunktsetzung und Intensität. Was davon man jeweils als illegitim erachtet und was als legitime Responsivität gegenüber Teilen des Demos, soll hier nicht The-

ma sein. Es gibt aber eindringliche Indizien, dass man der AfD mit dieser Strategie nicht das Wasser abgräbt, sondern sie sogar noch zusätzlich stärkt, wie jedenfalls die Erfahrungswerte aus einigen anderen europäischen Ländern zeigen (Krause et al. 2023). Warum dies der Fall sein könnte, liegt auf der Hand: Protest- wie Überzeugungswählern wird dadurch der Eindruck vermittelt, dass eine Stimme für die AfD nicht an der viel beschworenen „Brandmauer“ zerschellt, sondern eben doch Wirkung zeigt. Dass es sich also lohnt, Höcke und Konsorten zu wählen, selbst wenn man nicht mit allen Personen und Inhalten einverstanden sein sollte. Überdies hat diese Strategie keine überzeugende Antwort auf die Frage parat, warum man die billige, halbherzige Kopie wählen sollte, wenn es doch auch das Original gibt. Falls die Stimmabgabe für die AfD bereits zu einem identitätsstiftenden Merkmal geworden ist, gilt das umso mehr.



Gegen unliebsame politische Entwicklungen wird zunehmend das Recht in Stellung gebracht

Die zweite Strategie besteht – frei nach Willy Brandt – darin, noch mehr Liberalismus zu wagen. Gegen unliebsame politische Entwicklungen wird zunehmend das Recht in Stellung gebracht. Dies umfasst insbesondere die Forderung nach einer Ausweitung der Macht und Unabhängigkeit von nicht-majoritären Institutionen, also etwa von Verfassungsgerichten und Zentralbanken, um Entscheidungen dem Zugriff parlamentarischer Mehrheiten zu entziehen. Dass dies den Handlungsspielraum aller demokratisch gewählten Kräfte beschneidet, also nicht nur Rechtspopulisten betrifft, wird dabei billigend in Kauf genommen. Diese Denkweise entspricht einer umfangreicheren Praxis, zu der auch die im Grundgesetz verankerte „Schuldenbremse“ und andere – via



EU und EuGH dem nationalen Gesetzgeber entzogene – Politiken gehören. Insofern man diese Form von Juridifizierung – wie der ehemalige Bundesverfassungsrichter Dieter Grimm (2016, 41) – als übermäßig und übergriffig empfindet, kann man auch von „Überkonstitutionalisierung“ sprechen. Unabhängig davon, wie man im Einzelnen zu solchen Maßnahmen steht, entsprechen auch Parteiverbotsverfahren dieser Logik. Parallel zu alldem vollzieht sich außerdem eine Entwicklung, die Philip Manow in seinem Essay „Unter Beobachtung. Die Bestimmung der liberalen Demokratie und ihrer Freunde“ (2024) nachzeichnet. Seit den 1990er Jahren ist demnach eine schleichende Transformation des hegemonialen Demokratieverständnisses im Gange, bei der die Fürsprecher immer weiterer Konstitutionalisierungsschübe die Führungsrolle einnehmen, sekundiert von demokratiemessungsauffinen Teilen der Vergleichenden Politikwissenschaft, die gerade die liberale Einschränkung von Demokratie als besonders „demokratisch“ qualifizieren. Die – verdächtig populistisch anmutende – Gegenüberstellung von „Liberalismus“ und „Illiberalismus“, von vermeintlichen „Freunden der Demokratie“ und ihren „Feinden“ ist auch

hier wieder zu beobachten. Zu diesem Phänomenbereich gehören aber auch Versuche, über Demokratiedefizite mit der Erfindung neuer Legitimationskonzepte (wie „Good Governance“) hinwegzutrogen und Wahlen respektive Partizipation von einer *Muss-* zu einer *Kann-*Bestimmung umzuwandeln.

Unabhängig davon, welche Motive man dabei im Einzelnen zu erkennen glauben mag: Unterm Strich führt diese zweite Strategie zu immer mehr Liberalismus und immer weniger (majoritärer) Demokratie. Ob dies wirklich gegen das Erstarken des antiliberalen Populismus hilft, muss jedoch bezweifelt werden. Vielmehr ist zu erwarten, dass eine weitere Einschränkung der Instrumente der Mehrheitsdemokratie erst recht als zutiefst ungerecht (weil: zutiefst undemokratisch) empfunden wird. Manow jedenfalls warnt eindringlich davor und versteht den Populismus als das „Gespenst“ (2024, 26) von liberaler Demokratie respektive Liberalismus, also als den „Geist der von ihm erstickten Politik“ (2024, 115), dem man doch einen „so schönen, guten, so gerechten Tod bereitet hat“ (2024, 115) – und der die zunehmend lästiger werdende Angewohnheit hat, einen am Wahlabend heimzusuchen.


Warum denn nicht soziale Demokratie oder: Was sollte man stattdessen tun?

Was also folgt daraus? Der zentrale Schritt besteht darin, nach einem Weg zu suchen, der nicht länger Teil des Problems ist. Denn die gegenwärtige Welle des Rechtspopulismus ist schon stark genug, als dass dieser noch zusätzlich genährt werden müsste. Das heißt ausdrücklich nicht, dass die Geländegewinne, die mit der kulturalistischen Wende der Linken zweifellos verbunden gewesen sind und vom Liberalismus protegiert werden, wieder aufgegeben werden sollten. Auch kann es nicht darum gehen, eine Stimmabgabe für die AfD zu entschuldigen

oder sogar zu einem heroischen Akt des Widerstands zu verklären. Es wird aber unerlässlich sein, sich moralisch zurückzunehmen und insbesondere die Diskreditierung von eingewöhnten Lebensstilen sowie die weit verbreitete Infragestellung der politischen Urteilsfähigkeit der Wählerinnen und Wähler rechtspopulistischer Parteien, welche die gegenwärtigen Statuskämpfe flankiert, zu hinterfragen. Eine klasstheoretische Deutung des Populismus, also ein Blick auf Wandlungsprozesse des Kapitalismus und die sozialstrukturelle Zusammensetzung des

Elektorats rechtspopulistischer Parteien, gibt diesbezüglich Anhaltspunkte.

Dieser Perspektive zufolge lässt sich die Wahl rechtspopulistischer Parteien nicht zuletzt als eine Revolte gegen den „postindustriellen Kapitalismus“ (Reckwitz 2019), gegen seine Struktu-

 Wählerinnen und Wähler rechtspopulistischer Parteien sind jene, die zu den Verlierern der andauernden wirtschaftlichen und sozialen Verwerfungen zählen

ren, Werte und Eliten begreifen. Die realen und potenziellen Wählerinnen und Wähler rechtspopulistischer Parteien sind demnach – nicht nur, aber in signifikantem Umfang – jene, die zu den Verlierern der andauernden wirtschaftlichen und sozialen Verwerfungen zählen. So wird die AfD mittlerweile deutlich überproportional von Menschen gewählt, die sich in Nachwahlbefragungen als „Arbeiter“ bezeichnen (in Brandenburg laut *infra-test dimap* von etwa 46% der Arbeiter; die SPD erzielte in dieser Gruppe 24% und die Linke ganze 1%). Berufsstandsübergreifend gaben von all denjenigen, die ihre persönliche wirtschaftliche Situation als „schlecht“ einschätzen, ebenfalls 46% ihre Stimme der AfD; auch dies der mit Abstand höchste Wert. Doch es handelt sich nicht allein um wirtschaftliche Verlusterfahrungen; vielfältige kulturelle Entwertungsprozesse treten hinzu. Mit gut gemeinten Schlagworten, die für mehr Pluralismus, Toleranz, Weltoffenheit und Freiheit werben, wird man diese Menschen gerade nicht erreichen. Denn Freiheit, ob beruflich, im Konsum oder in der Wahl der Lebensstile, stellt für die Verlierer der neoliberalen Modernisierung kein Versprechen, sondern eine Leerformel, wenn nicht gar eine Bedrohung dar.

Damit wäre man auch schon bei dem angelangt, was man als Teil der



Lösung betrachten kann: An die Stelle der moralisierenden Verdammung des Rechtspopulismus muss die politische Auseinandersetzung treten. Das bedeutet in erster Linie, nicht die Themen, aber wichtige Ursachen rechtspopulistischen Protests – also die ökonomischen und kulturellen Spaltungen, die Verteilung von Chancen und Belastungen – als Probleme der Demokratie ernst zu nehmen. Hierzu müssten zum einen Fragen der materiellen Reproduktion und der sozialen Verteilungskämpfe wieder stärker auf die demokratische und demokratietheoretische Agenda gesetzt werden. Wobei „Agenda“ nicht nur Worte, sondern auch Taten respektive Policy-Entscheidungen umfassen muss. Denn auch wenn sich viele der neoliberalen Entwicklungen,



An die Stelle der moralisierenden Verdammung des Rechtspopulismus muss die politische Auseinandersetzung treten

etwa die Abschaffung der Kapitalverkehrs-kontrollen, nicht per Dekret rückgängig machen lassen und die Voraussetzungen demokratischer Politik zunehmend ungünstiger werden, heißt das nicht, dass Verwerfungen nicht politisch moderiert werden können. Hier lassen sich viele Bereiche nennen, in denen der Staat wieder stärker gestalten müsste: die Schulpolitik (warum gibt es immer noch ein mehrgliedriges Schulsystem, das die Kinder viel zu früh trennt, warum wird das Privatschulwe-

sen vom Staat weiterhin und zunehmend gefördert, kurzum: warum werden im Bildungssektor die bestehenden Klassenspaltungen reproduziert und verstärkt, statt ihnen entschlossen entgegenzuwirken?), die Wohnungspolitik (warum stehen in den Metropolen viele Wohnungen zu Spekulationszwecken leer?), die wachsende Vermögenskonzentration (warum besteuert der Staat die immensen Erbschaften und Schenkungen in derart geringem Maße?).

Es ist also nicht so, als ob es keine andere Herangehensweise als den (bisherigen) liberalen Antipopulismus gäbe. Es ist noch nicht einmal so, dass das Rad neu erfunden werden müsste. Schließlich hat die hiesige Demokratie nicht nur liberale Wurzeln. Sie steht ebenso sehr in der Tradition ei-

LITERATUR

- Correctiv (2024): Geheimplan gegen Deutschland, online auf: <https://correctiv.org/aktuelles/neue-rechte/2024/01/10/geheimplan-remigration-vertreibung-afd-rechtsextreme-november-treffen/> (letzter Zugriff am 15. Oktober 2024).
- Der Spiegel (2024): Heft Nr. 5 / 26.01.2024, online auf: <https://www.spiegel.de/spiegel/print/index-2024-5.html> (letzter Zugriff am 15. Oktober 2024).
- Fraser, Nancy (2017a): Für eine neue Linke oder: Das Ende des progressiven Neoliberalismus, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 62 (2), 71–76.
- Fraser, Nancy (2017b): „Eine neue, linke Erzählung bieten“. Interview mit Houssam Hamade, online auf: <https://taz.de/Nancy-Fraser-ueber-Populismus/!5402332/> (letzter Zugriff am 15. Oktober 2024).
- Gerster, Livia (2024): Bändigt den Algorithmus!, online auf: <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/afd-auf-tiktok-warum-der-algorithmus-gebaendigt-werden-muss-19982745.html> (letzter Zugriff am 15. Oktober 2024).
- Grimm, Dieter (2016): Europa ja – aber welches? Zur Verfassung der europäischen Demokratie, München.
- infratest dimap (2024): Brandenburg Landtagswahl 2024, online auf: <https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2024-09-22-LT-DE-BB/index.shtml> (letzter Zugriff am 15. Oktober 2024).
- Jörke, Dirk/Selk, Veith (2017): Theorien des Populismus zur Einführung, Hamburg.
- Krause, Werner/Cohen, Denis/Abou-Chadi, Tarik (2023): Does Accommodation Work? Mainstream Party Strategies and the Success of Radical Right Parties, in: Political Science Research and Methods 11 (1), 172–179. DOI: <https://doi.org/10.1017/psrm.2022.8>.
- Lefort, Claude/Gauchet, Marcel (1990) [1976]: Über die Demokratie: Das Politische und die Instituierung des Gesellschaftlichen, in: Rödel, Ulrich (Hg.): Autonome Gesellschaft und liberale Demokratie, Frankfurt am Main, 89–122.
- Manow, Philip (2024): Unter Beobachtung. Die Bestimmung der liberalen Demokratie und ihrer Freunde, Berlin.
- Mau, Steffen/Lux, Thomas/Westheuser, Linus (2023): Triggerpunkte. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft, Berlin.
- Mau, Steffen (2024): Das Ostdeutschlandproblem der etablierten Parteien, online auf: <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2024-08/landtagswahlen-ostdeutschland-parteiensystem-minderheitsregierung-demokratie/komplettansicht> (letzter Zugriff am 15. Oktober 2024).
- Mudde, Cas (2004): The Populist Zeitgeist, in: Government and Opposition 39 (4), 541–563. DOI: <https://doi.org/10.1111/j.1477-7053.2004.00135.x>.
- Reckwitz, Andreas (2019): Das Ende der Illusionen. Politik, Ökonomie und Kultur in der Spätmoderne, Berlin.
- Schäfer, Armin/Zürn, Michael (2021): Die demokratische Regression, Berlin.
- Streeck, Wolfgang (2024): „Der Kapitalismus muss domestiziert werden“. Interview mit Lars Weisbrod, online auf: <https://www.zeit.de/kultur/2024-09/wolfgang-streeck-buendnis-sahra-wagenknecht-soziologe-partei/komplettansicht> (letzter Zugriff am 15. Oktober 2024).

ner egalitaristisch gesinnten Politik, die auf öffentliche Investitionen, Solidarität und ein gewisses Maß an Umverteilung setzt; eine egalitaristisch gesinnte Politik, die weder eine bröckelnde Infrastruktur noch einen entgleitenden Wohnungsmarkt als unabänderliches Schicksal ansieht, die Deprivationsängste abfedert und sowohl der Mittel- als auch der Unterschicht die Aussicht auf ein gutes Leben bietet – und die auch Bürgerinnen und Bürger an die hiesige Demokratie zu binden vermag, die zwar keine überzeugten Liberaldemokraten mehr wer-

ZU DEN AUTOREN

Stefan Meyer, geb. 1994, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Arbeitsbereich „Politische Theorie und Ideengeschichte“ der TU Darmstadt und Doktorand im DFG-Graduiertenkolleg „Standards des Regierens“. Er promoviert über Robert Dahl, Good Governance und die Transnationalisierung der Demokratietheorie.

Dirk Jörke, geb. 1971, Professor für Politische Theorie und Ideengeschichte an der TU Darmstadt. Forschungsschwerpunkte: Demokratietheorie, Ideengeschichte des 18. und 19. Jahrhunderts, Pragmatismus. Jüngste Buchveröffentlichung: Hermann Heller: Kämpfen für die Demokratie. Kleine politische Schriften. Hamburg: Europäische Verlagsgesellschaft 2023 (hrsg. zus. mit Hubertus Buchstein).

den, aber sich zumindest nicht zu ihren Feinden entwickeln. Wer sich erinnern

mag: Früher wurde eine solche Politik einmal sozialdemokratisch genannt.

